



SCHLESWIG-HOLSTEIN BEKOMMT ABSCHIEBE-ZENTRUM NICHT IN DEN GRIFF

Wieder Boostedt: 32-Jähriger niedergestochen

Boostedt, die Gemeinde mit 4.600 Einwohnern und 1.200 Ausländern im Kreis Segeberg in Schleswig-Holstein, kommt nicht zur Ruhe. In der dortigen Flüchtlingsunterkunft hat ein [20-jähriger Somalier einen älteren Landsmann angegriffen](#) und schwer verletzt. Das 32 Jahre alte Opfer erlitt mehrere Stichverletzungen und musste im Krankenhaus notoperiert werden, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte.

Nach der Attacke am Mittwochabend konnte sich der Verletzte noch zur Polizeistation der Landesunterkunft schleppen und dort Hilfe holen. Der Tatverdächtige wurde wenig später in seiner Wohnung festgenommen. Er soll noch am Donnerstag einem Haftrichter vorgeführt werden.

In Boostedt gibt es seit Monaten schwerste Spannungen in der Bevölkerung (PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#)). Der Ärger der Bevölkerung entzündet sich ständig an der sog. Landesunterkunft, in dem aktuell knapp über 1.200 Ausländer ohne Bleibeperspektive leben. Diese sorgen für erhöhte Kriminalität und Bedrohungsszenarien.

Das Land sagte der Gemeinde zu, die Unterkunft mittelfristig auf 500 Plätze zu verkleinern und bis 2024 zu schließen. Zuletzt hatte es schweren Verdruss gegeben, weil Innenminister Hans-Joachim Grote samt Polizeiführung bei einer Einwohnerversammlung in dem Ort ein Gewaltverbrechen verschwieg, das sich dort Tage vorher in der Unterkunft ereignet hatte. Sogar der CDU-Bürgermeister wurde getäuscht.

Die neuerliche Gewalttat unterstreicht, dass Politik und Ordnungsbehörden in Schleswig-Holstein unter Führung von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nicht in der Lage sind, in großen zentralen Unterkünften für Sicherheit und Ordnung seiner Bewohner zu sorgen. Sie sind offensichtlich auch nicht willens, die ständigen Warnungen und Sorgen der eigenen Bevölkerung ernst zu nehmen und die Unterkünfte auf ein angemessenes Maß zu verkleinern.

Die [Kieler Nachrichten befragten ihre Leser](#) zu Boostedt, ob Asylverfahren und Rückführungen weiter beschleunigt werden sollten und bekamen ein klares „Ja“. 89 Prozent der Leser waren der Meinung, dass Kasernierung in Unterkünften bis zur Abschiebung keine Lösung sei und für Probleme Sorge.